

Arbeitsmarktpolitik

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Lesen Sie M1 und arbeiten Sie die Kernpunkte der neoklassischen und der keynesianischen Sicht auf den Arbeitsmarkt in Stichpunkten heraus.
2. Lesen Sie M2 und analysieren Sie, ob es sich um eine neoklassische oder um eine keynesianische Sichtweise handelt.
3. Bilden Sie Gruppen von maximal 5 Personen. Die Hälfte der Gruppen übernimmt die Rolle einer Gewerkschaft, die andere Hälfte die Rolle eines Arbeitgeberverbandes. Verfassen Sie gemeinsam eine Stellungnahme Ihrer Interessengruppe zum Thema Leiharbeit und berufen Sie sich dabei auf eine Arbeitsmarkttheorie.

M1 Arbeitsmarkttheorien

- 1 Die beiden bekanntesten Arbeitsmarkttheorien sind jeweils in eine allgemeinere Wirtschaftstheorie eingebettet, nämlich in die Neoklassik oder in den Keynesianismus.
- 5 Die neoklassische Theorie geht davon aus, dass sich auf Märkten immer ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage einstellt. Wenn die Nachfrage nach einem Gut hoch ist, steigt der Preis. Wird ein Gut zu wenig nachgefragt, gibt es ein Überangebot und der Preis muss solange sinken, bis sich wieder ein Gleichgewicht bildet. Dieses Modell lässt sich laut der Neoklassik auch auf Arbeitsmärkte übertragen. Der Preis ist hier die Lohnhöhe. Arbeitslosigkeit ist demnach durch ein Überangebot an Arbeitskräften zu erklären, das durch sinkende Löhne ausgeglichen werden muss. Da zu hohe Löhne als entscheidend angesehen werden, spricht die Neoklassik auch von freiwilliger Arbeitslosigkeit. Wer wirklich arbeiten will, muss demnach niedrigere Löhne akzeptieren. Die Frage nach dem Existenzminimum spielt dabei keine Rolle.
- Generell geht die Neoklassik von weitgehend unregulierten Märkten aus, auf denen sich Marktgleichgewichte ungehindert bilden können. Daher hält sie auch staatliche Regulierung für eine mögliche Ursache von Arbeitslosigkeit.
- Die entsprechenden Empfehlungen der Neoklassik an die Wirtschaftspolitik lauten daher:
- Generelle Zurückhaltung des Staates aus dem Wirtschaftsprozess
 - Senkung der Lohnkosten, Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften, keine oder niedrige Mindestlöhne
 - Niedrige Arbeitslosenunterstützung, damit sich Arbeit früher lohnt
 - Deregulierung des Arbeitsmarktes, wenig Kündigungsschutz, befristete Arbeitsverträge
- Die Keynesianische Theorie ist nach dem britischen Ökonomen John Maynard Keynes benannt. Sie geht nicht von einem abstrakten Modell aus, das für alle Märkte gilt. Sondern sie stellt Wechselwirkungen zwischen Gütermärkten, Finanzmärkten und Arbeitsmärkten ins Zentrum.
- Der Grund für Arbeitslosigkeit wird vor allem in mangelnder (Binnen-)Nachfrage ausgemacht. Wenn Unternehmen keine Nachfrage erwarten, produzieren sie weniger und legen ihr Vermögen stattdessen auf den Finanzmärkten an. Sie stellen daher auch keine Arbeitskräfte ein oder entlassen sie sogar. Dadurch sinkt die Nachfrage noch weiter. Denn ohne Einkommen können die Lohnabhängigen weniger Güter kaufen.
- Diesen Teufelskreis kann laut Keynes nur der Staat durchbrechen. Mit Investitionen in die Infrastruktur (z. B. in Schulgebäude) soll er Nachfrage für einige Unternehmen schaffen. Diese stellen dann Arbeitskräfte an. Diese kaufen wieder mehr Konsumgüter, so dass auch hier neue Arbeitskräfte angestellt werden. Die Investitionen soll der Staat in Krisenzeiten durch Schulden finanzieren (Deficit Spending). Damit sammelt er zugleich das überschüssige Geld ein, das auf Finanzmärkten angelegt ist und verringert so die Spekulation. In Boomzeiten hat der Staat dann durch gestiegene Steuereinnahmen und gesunkene Sozialleistungen die Möglichkeit der Schuldentilgung.
- Die Empfehlungen des Keynesianismus zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit lauten daher:
- Ausweitung der staatlichen Investitionen in der Krise, finanziert durch Schulden
 - Möglichst eine Sicherung des Lohnniveaus
 - Arbeitslosengeld (auch zur Sicherung der Nachfrage)
 - Regulierung des Arbeitsmarktes (z. B. Kündigungsschutz) ■ Quelle: Autor_innentext.

M2 Die Situation auf dem Arbeitsmarkt

1 Seit 2006 steigt ununterbrochen die Zahl der Er-
 . werbstätigen und erreicht immer neue Rekorde,
 . zuletzt im Jahr 2016 mit 43,5 Millionen Perso-
 . nen. Auch die Zahl der beschäftigten Arbeitneh-
 5 merinnen und Arbeitnehmer nimmt seit 2006
 . ständig zu und erreicht absolute Höchststände in
 . der Geschichte der Bundesrepublik. Da diese Ent-
 . wicklung unmittelbar nach der Umsetzung der
 . Agenda 2010 einsetzte, wird sie häufig als direkter
 10 Erfolg der »Reformen« interpretiert. Ausgeblendet
 . werden dabei oft die Schattenseiten der Arbeits-
 . markt deregulierung. Es setzte eine massive Pre-
 . karisierung der Arbeitsverhältnisse ein. Gute Jobs
 . wurden in erheblichem Umfang abgebaut, dafür
 15 entstanden in großer Zahl prekäre Arbeitsverhält-
 . nisse. Mehr Arbeit wurde dabei nicht geschaffen,
 . das Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen lag im
 . Jahr 2013 unter dem Wert des Jahres 2000. [...]

Atypische Beschäftigung jenseits des Norma-
 20 larbeitsverhältnisses gibt es in vielen Formen: als
 . geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (Mini-
 . Jobs), Leiharbeit, Teilzeitarbeit und befristete
 . Arbeitsverhältnisse. Diese Formen müssen nicht
 . immer prekär sein, aber sie sind es viel häufiger
 25 als bei Normalarbeitsverhältnissen. Die Zahl der
 . atypisch Beschäftigten ist in der gesamten Dekade
 . der 2000er Jahre stark angestiegen. Im Jahr 2000
 . waren es noch sechs Millionen, der Höhepunkt
 . war 2010 mit fast acht Millionen erreicht. Seitdem
 30 geht die Zahl wieder leicht zurück. 2014 waren
 . es noch 7,5 Millionen. Langfristig betrachtet ist
 . die Zahl noch immer extrem hoch. 1991 gab es
 . lediglich 4,4 Millionen atypische Beschäftigungs-
 . verhältnisse. Der Trend zu immer mehr prekären
 35 Arbeitsverhältnissen scheint allerdings gebrochen.
 . Was jedoch weiter stark zunimmt, ist die Zahl von
 . Teilzeitbeschäftigten, die von 1991 bis 2015 um 20
 . Prozentpunkte angestiegen ist.

Die Zahlen zur Arbeitsmarktentwicklung zei-
 40 gen deutlich, dass der von der Bundesregierung
 . eingeführte Mindestlohn die Dynamik auf dem

Arbeitsmarkt nicht gebremst hat. Im Gegenteil, es
 . wurden Mini-Jobs in bessere sozialversicherungs-
 . pflichtige Arbeitsverhältnisse umgewandelt.

45 Hoch problematisch ist weiterhin das epidemi-
 . sche Ausmaß der Leiharbeit. Bis 2003 hielt sich
 . die Leiharbeit mit etwas mehr als 300.000 Ar-
 . beitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Grenzen
 . und blieb auch – mit leichten konjunkturellen
 50 Schwankungen – stabil. Es ist davon auszugehen,
 . dass sie damals tatsächlich zum Ausgleich von
 . Produktionsspitzen eingesetzt wurde. 2003 wur-
 . de die Leiharbeit im Rahmen der Agenda 2010
 . dereguliert. Danach stieg ihre Zahl steil an. Inzwi-
 55 schen arbeitet fast eine Million Menschen in der
 . Leiharbeit. Die große Koalition hat die Leiharbeit
 . wieder etwas stärker reguliert, vom ursprüngli-
 . chen Zustand ist die gesetzliche Situation aber
 . noch weit entfernt. Ausgereicht hat es nicht, bisher
 60 ist kein Effekt auf die Zahl der Leiharbeitskräfte
 . zu erkennen. Es ist für die Unternehmen offen-
 . sichtlich immer noch attraktiv, Leiharbeitskräfte
 . in größerem Umfang einzusetzen. [...]

Mit einigen Regulierungen ließen sich bessere
 65 Beschäftigungsbedingungen etablieren:

- 70 – **Abschaffung sachgrundloser Befristung:**
 Gerade im öffentlichen Dienst werden neue
 Stellen fast nur noch befristet ausgeschrieben.
 Dafür gibt es keine Rechtfertigung.
- **Reduzierung von Leiharbeit und Werk-
 verträge:** Werkverträge sind umfassend zu
 regulieren. Wegen der besonderen Belastungen
 ist bei der Bezahlung ein Aufschlag notwendig.
- **Abschaffung von Mini-Jobs und
 75 mehr Rechte für Teilzeitbeschäftigte:**
 Die steuerliche Privilegierung von Mini-Jobs
 ist nicht gerechtfertigt und daher abzuschaffen.
- **Mindestlohn:** Die Arbeitsgruppe Alternative
 Wirtschaftspolitik fordert, den Mindestlohn auf
 80 zwölf Euro pro Stunde anzuheben. ■ Quelle: Arbeits-
 gruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2017 – Kurzfassung.

ARBEITSVORSCHLÄGE

- 4a. Lesen Sie M3 und erläutern Sie den Begriff der Industriellen Reservearmee.
4b. Vergleichen Sie die theoretische Perspektive von Karl Marx mit der neoklassischen und der keynesianischen Perspektive.
5a. Lesen Sie M4 und diskutieren Sie in Fünfergruppen die folgenden Fragen:

- Wie beurteilen Sie die Positionen der Parteien?
 - Passen die Passagen in das Bild, das Sie von der Partei haben?
 - Welche Positionen scheinen Ihnen im Blick auf Ihre berufliche Zukunft sinnvoll?
- 5b. Verfassen Sie einen Zeitungskommentar zu den Positionen der Parteien.

M3 Die industrielle Reservearmee

1 Unter Ökonomen ist es umstritten, ob Massen-
arbeitslosigkeit ein vermeidbarer Betriebsunfall
oder eine notwendige Folge kapitalistischer Wirt-
schaft ist. Die Anhänger der Neoklassik geben den
Lohnabhängigen die Schuld an der Arbeitslosig-
keit: deren Lohnforderungen seien zu hoch. Die
Keynesianer machen die staatliche Wirtschafts-
politik verantwortlich, weil sie nicht genug für
die Stärkung der Nachfrage unternehmen würde.
10 Beide Schulen halten dauerhafte Vollbeschäfti-
gung für möglich. Dagegen betrachtete Karl Marx
Vollbeschäftigung als Ausnahme und eine immer
wiederkehrende Arbeitslosigkeit als notwendige
Folge des Kapitalismus.
15 Um in der Konkurrenz mithalten zu können,
müssen Unternehmen beständig die Produktivität
der Arbeit steigern. Durch eine andere Arbeitsor-
ganisation und durch den Einsatz neuer Maschi-
nen wird pro Arbeitsstunde eine größere Stück-
zahl produziert. Dieselbe Produktmenge kann mit
weniger Arbeitszeit hergestellt werden. Das Un-
ternehmen hat zwar zusätzliche Ausgaben für die
Maschine, es spart aber auch Lohnkosten. Sind die
eingesparten Lohnkosten je Produkt größer als die
zusätzlichen Maschinenkosten, dann sinken die
Herstellungskosten: Das einzelne Produkt kann
billiger verkauft werden.
Um den Gewinn zu erhöhen, versuchen Unter-
nehmen ihren Absatz zu steigern. Sie investieren
ihren Gewinn und vergrößern die Produktions-
menge. Wird durch den Einsatz neuer Maschi-
nen gleichzeitig die Produktivität erhöht, dann ist
nicht klar, ob für die vergrößerte Produktions-
menge auch mehr Arbeitskräfte nötig sind. Neh-
men wir an, 100 Arbeitskräfte stellen pro Tag 100
Produkte her. Wenn ihre Produktivität um 25 %
steigt, können sie pro Tag 125 Produkte herstel-
len. Soll die Produktionsmenge ebenfalls um 25 %
erhöht werden, dann werden nach wie vor 100
Arbeitskräfte benötigt. Soll die Produktionsmenge
aber nur um 10 % steigen, dann werden nur 88

Arbeitskräfte benötigt, 12 Arbeitskräfte werden
arbeitslos. Ist in einer Volkswirtschaft die Pro-
duktivitätssteigerung größer als die Steigerung der
Produktionsmenge, nimmt die Arbeitslosigkeit zu.
Je größer das Wachstum des Kapitals, desto grö-
ßer ist in der Regel die Produktivitätssteigerung.
Häufig wird nur deshalb eine große Investitions-
summe benötigt, um teure Maschinen zu kaufen,
mit deren Hilfe die Produktivität stark zunimmt.
Marx folgert daher, dass immer wieder der Fall
eintreten wird, dass die Produktivitätssteigerung
größer ist als das Wachstum der Produktionsmen-
ge, so dass die Arbeitslosigkeit zunimmt. Dieser
Effekt wird noch dadurch verstärkt, dass Ein-
zelunternehmen nicht nur durch Investition des
Gewinns wachsen können, sondern auch durch
Unternehmenszusammenschlüsse. In diesem Fall
steigt die Produktionsmenge zunächst überhaupt
nicht, es ergeben sich aber viele Möglichkeiten
zur Produktivitätssteigerung (z.B. benötigt ein
doppelt so großes Unternehmen keine doppelt
so große Verwaltung), viele Arbeitskräfte werden
überflüssig. Vollbeschäftigung ist für Marx daher
nur eine zeitweilige Ausnahme.
Indem Marx die Arbeitslosen als »industrielle
Reservearmee« bezeichnet, verweist er auf die
Vorteile, die das Kapital von der Arbeitslosigkeit
hat. Bei unerwarteten Wachstumsschüben (wenn
sich zum Beispiel neue Absatzmärkte eröffnen)
bilden die Arbeitslosen ein Reservoir, aus dem
sich das Kapital bedienen kann. Aber auch ohne
solche Wachstumsschübe bringt die »industrielle
Reservearmee« Vorteile für das Kapital. Wenn die
Beschäftigten höhere Löhne oder bessere Arbeits-
bedingungen fordern, kann ihnen stets erwidert
werden: »Ihr könnt gerne gehen, draußen stehen
genug Leute, die nur darauf warten, euren Job zu
machen.« ■ Der Autor Michael Heinrich ist Politikwissenschaftler und hat
unter anderem das Buch *Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung in Das
Kapital von Karl Marx* veröffentlicht.

M4 Leiharbeit in den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2017

- 1 **AfD** Der zunehmende Anteil von prekären Be- 55
schäftigungsverhältnissen wirkt sich negativ auf
den Wohlstand aus. Daraus entstehen Negativ-
wirkungen für die Demografie. Zudem leidet der
5 Aufbau der eigenen Altersvorsorge. Die AfD for-
dert deshalb auch eine gesetzliche Obergrenze von
15 Prozent Beschäftigten mit Leih- oder Werk-
verträgen in Unternehmen. Leiharbeit muss nach
einer sechsmonatigen Beschäftigungszeit einer
10 festen Anstellung gleichgestellt werden. Zeitar-
beitsverträge dürfen nur einmal verlängert werden.
Sie dürfen nur unter festgelegten Bedingungen
abgeschlossen werden.
- 15 **CDU** Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt ist wich-
tig und hat dazu beigetragen, hunderttausende
neue Arbeitsplätze zu schaffen. Befristete Ar-
beitsverhältnisse dürfen unbefristete Arbeitsver-
hältnisse nicht einfach ersetzen. Deshalb werden
20 wir offenkundige Missbräuche abstellen. Gerade
Berufsanfänger, die eine Familie haben oder grün-
den wollen, brauchen eine verlässliche Perspektive.
Durch die Neuregelung von Zeit-, Leiharbeit und
Werkverträgen haben wir bereits wichtige Verbes-
25 serungen für die Arbeitnehmer erzielt.
- FDP** Wir Freie Demokraten wollen überflüssige
Regulierungen bei der Zeitarbeit abbauen. Denn
Deutschland braucht auch in Zukunft einen flexi-
30 blen Arbeitsmarkt. Die Weltwirtschaft verändert
sich schnell. Durch die Digitalisierung nehmen
Projektaufträge zu. Darauf müssen Unterneh-
men flexibel reagieren, um wettbewerbsfähig zu
bleiben. Die Zeitarbeit ist hierfür ein wichtiges
35 Instrument. Die Unternehmen können damit
Auftragsspitzen abfangen oder kurzfristig spezia-
lisierte Fachkräfte finden. Zugleich profitieren die
Beschäftigten von der Zeitarbeit. So erhalten viele
Menschen eine Einstiegschance am Arbeitsmarkt.
40 Das zeigen die Zahlen der Bundesagentur für Ar-
beit ganz klar: Rund zwei Drittel aller Zeitarbeit-
nehmerinnen und Zeitarbeitnehmer übten vorher
keine Beschäftigung aus. Jeder Vierte hat keinen
Berufsabschluss. Für gut Ausgebildete kann die
45 Zeitarbeit in der digitalen Welt zudem neue Wege
eröffnen – zwischen Selbstständigkeit und der jah-
relangen Arbeit für nur ein Unternehmen. Miss-
brauch ist in den vergangenen Jahren erfolgreich
unterbunden worden: Die Tarifpartner haben
50 bereits Lösungen gefunden, damit der Lohn der
Zeitarbeitenden bei längeren Einsätzen an den der
Stammebelegschaft angeglichen wird (Equal Pay).
Trotzdem hat die Große Koalition hier bürokrati-
stisiert. Die unnötigen gesetzlichen Vorschriften
- zur Überlassungsdauer und Entlohnung führen
zu Unsicherheiten und Aufwand. Dies wollen wir
ändern.
- Grüne** Viele Millionen Menschen arbeiten in
60 Leiharbeit oder befristet. Was im Sinne der Fle-
xibilität gelegentlich sinnvoll sein kann, wird oft
missbraucht, um Löhne dauerhaft zu senken. Den
Trend zu immer mehr unsicheren Jobs wollen
wir GRÜNE umkehren. Ohne guten sachlichen
65 Grund sollten Jobs nicht mehr befristet werden
können und Leiharbeit ab dem ersten Tag gleich
bezahlt werden – plus Flexibilitätsprämie. [...]
Leiharbeiter_innen sollen vom ersten Tag an
mindestens die gleiche Entlohnung erhalten wie
70 Stammbeschäftigte – plus Flexibilitätsprämie.
- Linke** Lohndumping durch Leiharbeit und
Werkverträge verhindern! Leiharbeit schafft im
gleichen Betrieb Beschäftigte zweiter Klasse. Be-
schäftigte in Leiharbeit verdienten 2015 nur knapp
75 60 Prozent des Durchschnittslohns. Wir wollen
die Leiharbeit abschaffen. Bis dahin kämpfen wir
um bessere Bedingungen für die Beschäftigten!
Lohndumping muss sofort unterbunden werden:
80 Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen müssen den
gleichen Lohn wie Festangestellte plus eine Fle-
xibilitätszulage von 10 Prozent erhalten! Kein
Einsatz von Leiharbeitsbeschäftigten darf länger
als drei Monate dauern. Leiharbeiter müssen nach
85 drei Monaten im Betrieb übernommen werden
und dürfen nicht gegen andere Leiharbeiter aus-
getauscht werden. Der Einsatz von Leiharbeit und
die Vergabe von Werkverträgen müssen an die
Zustimmung des Betriebsrates und die Einhaltung
90 der im Kernbetrieb gültigen Tarifverträge gebun-
den werden.
- SPD** Wir wollen existenzsichernde Arbeit anstel-
le prekärer Beschäftigung ermöglichen. Leihar-
95 beiterinnen und Leiharbeiter und Werkvertrags-
nehmerinnen und -nehmer brauchen besseren
Schutz. Mit der Einführung einer Höchstüberlas-
sungsdauer und dem Grundsatz »Gleicher Lohn
für gleiche Arbeit« haben wir bereits viel erreicht.
100 Diesen Weg werden wir weitergehen. Unser Ziel
ist, dass Leiharbeit vom ersten Tag an genauso
vergütet wird wie in der Stammebelegschaft. Da-
von darf nur durch repräsentative Tarifverträge
abgewichen werden. Die Koppelung eines Leih-
arbeitsverhältnisses an einen Arbeitseinsatz (Syn-
105 chronisation) soll unzulässig sein. Wir werden die
Mitbestimmung der Betriebsräte beim Einsatz von
Leiharbeit und Werkverträgen deutlich ausbauen. ■